

Der Kantonsrat streitet über Lehrmittel

Bürgerliche kritisieren politisch einseitige Schulbücher

NILS PFÄNDLER, JAN HUDEC

Lehrmittel in der Volksschule sollen neutral sein, das forderten am Montag die Kantonsräte Bettina Balmer, Marc Bourgeois (beide fdp., Zürich) und Anita Borer (svp., Uster) in einer parlamentarischen Initiative. Ein entsprechender Artikel solle im Gesetz über den Lehrmittelverlag verankert werden. Auslöser für die Initiative war ein Artikel der NZZ vom August 2018. Darin wird das Buch «Gesellschaft im Wandel» kritisiert, das ein einseitiges Weltbild verbreite. So heisst es darin, dass von der Globalisierung nur die Reichen profitierten und die Gewerkschaft Unia für «gerechte» Löhne kämpfe. Bürgerliche Positionen würde dagegen kaum Platz eingeräumt.

Balmer ortete deshalb Handlungsbedarf. Die politische und konfessionelle Neutralität sei zwar in der Kantonsverfassung und im Bildungsgesetz festgehalten, sie gehöre aber auch ins Gesetz über den Lehrmittelverlag, sagte sie in der Ratssitzung. Die Lehrer sollten zwar frei sein im Gestalten ihres Unterrichts, aber sie dürften die Schüler nicht einseitig beeinflussen. Rochus Burtscher (svp., Dietikon) ergänzte: «Die Schule ist keine Politarena.» Wenn man beispielsweise bei Fragen der Gleichstellung jeweils schnell sei mit Gesetzen, dann sollte der Rat doch auch dafür sorgen, dass in den Schulen verschiedene politische Positionen gehört würden.

Auf der linken Seite hielt sich die Begeisterung für die Initiative in Grenzen. Monika Wicki (sp., Zürich) sagte, dass selbstverständlich auch ihre Partei für neutrale Lehrmittel sei. Die bestehenden Gesetze reichten aber bereits aus, um dies zu garantieren. So Sorge die Lehrmittelkommission schon heute dafür, dass die Qualität der Schulbücher stimme. Thomas Forrer (gp., Erlenbach) verteidigte zudem das umstrittene Buch, es seien darin durchaus verschiedene Positionen enthalten.

Am Ende konnte die Initiative einen Zwischenerfolg feiern, sie wurde vom Kantonsrat mit 72 Stimmen vorläufig unterstützt. Da der Sukkurs der Mitteparteien fehlt, dürfte es die Initiative im zweiten Umgang jedoch schwer haben.